

Deutschlands Linke im Infight

Ein Aufruf gegen die Sanktionspolitik des Westens im Falle Syriens spaltet die Partei

Abgeordnete der deutschen Linkspartei haben einen Aufruf veröffentlicht, der die westliche Sanktionspolitik gegenüber Syrien und Iran hart kritisiert.

Ulrich Schmid, Berlin

Zu den Gruppen, die die erregte Debatte über den deutschen Präsidenten Wulff mit einem gewissen Gusto zur Kenntnis nehmen, gehört die Linkspartei. Das laute Crescendo der Medien überdeckt ganz vortrefflich, wie sehr die Partei zerstritten ist und wie verheerend ihre Selbstdarstellung ausfällt. Der jüngste Tiefpunkt ist der Online-Aufruf einer Gruppe von Bundestagsabgeordneten, in dem zu einer sofortigen Beendigung der westlichen Sanktionen gegenüber Teheran und Damaskus und zur Solidarisierung mit den «Völkern» Syriens und Irans aufgerufen wird. Der Aufruf hat zu heftigen Reaktionen aus Regierungskreisen geführt und der bereits arg zerstrittenen Linkspartei weitere interne Querelen beschert.

Proteste der Dissidenten

In dem Aufruf heisst es, gemeinsam mit weiteren Nato-Staaten und Israel hielten die USA Syrien und Iran mit ständigen Kriegsdrohungen, dem Aufmarsch militärischer Kräfte an den Grenzen sowie mit Sabotage- und Terroraktionen eingeschleuster Spezialeinheiten in einem Ausnahmezustand, der sie zermürben solle. Zynisch und menschenverachtend werde versucht, Aussenhandel und Zahlungsverkehr dieser Länder lahmzulegen. Ziel der Aktionen sei es, innere soziale Konflikte zu «ethnisieren» und Bürgerkriege zu entfachen, um so einen Vorwand für die «längst geplante militärische Intervention» zu schaffen. Unterzeichnet wurde der Aufruf von der Sprecherin für internationale Beziehungen, Sevim Dagdelen, sowie den Abgeordneten Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Ulla Jelpke und Eva Bulling-Schröter.

Die von den Schergen Ahmadinejads und Asads terrorisierten iranischen und syrischen Bürger als willfähige Werkzeuge zynischer westlicher Spaltungspolitik – an diesem Bild nahmen die in Deutschland lebenden Dissidenten Anstoss. Elias Perabo vom Projekt «Adopt a Revolution» sagte knapp und scharf, es mache die Lügen Asads nicht wahrer, wenn sie ins Deutsche übersetzt würden. «Adopt a Revolution» wurde im Herbst 2011 gegründet und wirbt um Unterstützung für die friedliche syrische Opposition. Michael Spaney von der Iran-kritischen Organisation «Stop the Bomb» sagte, hier würden wieder einmal die Menschenrechte auf dem linken Altar des Kampfes gegen den Westen geopfert. Die vielbeschworene internationale Solidarität beziehe sich offenbar nur auf den gemeinsamen Kampf gegen Israel und gegen den Westen. Die Unterzeichner des Appells verhöhnten die für die Menschenrechte kämpfende Opposition. Eine solche Erklärung zu einem Zeitpunkt, an dem die Uno offiziell den Mord an über 5000 Oppositionellen in Syrien feststelle, könne man nur als zynisch bezeichnen.

Hinter den Piraten

Empört reagierte auch der Menschenrechtsbeauftragte des Auswärtigen Amtes Löning. Er warf der Linkspartei Sympathien für den «Mörder» Asad vor und forderte Gesine Löttsch und Klaus Ernst, die Co-Vorsitzenden der Linkspartei, auf, sich von den Unterzeichnern zu distanzieren. Das taten diese zwar nicht, sie liessen aber einen Sprecher erklären, das Streben der Völker im Nahen Osten – einschliesslich Syriens und Irans – nach Frieden, Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung werde von der Linkspartei uneingeschränkt unterstützt. Man verurteile die Unterdrückung und Ermordung von politisch Andersdenkenden scharf und werde sie niemals

hinnehmen.

Hinter vorgehaltener Hand werden die Abweichler in der Linkspartei mit nicht sehr schmeichelhaften Bezeichnungen beehrt. Dass derlei Eskapaden für die Partei keine Wahlwerbung sind, weiss man sehr wohl. Umfragen bestätigen das triste Bild. Die Linkspartei kommt derzeit kaum über 6 Prozent hinaus, hat ihre Zustimmungsrates seit der letzten Bundestagswahl 2009 damit halbiert und liegt hinter der Piratenpartei zurück. Der Vizefraktionsvorsitzende der Linkspartei im Bundestag, Dietmar Bartsch, empfahl seiner Truppe denn auch, sich so rasch wie möglich wieder auf «inhaltliche Themen» zu fokussieren, mit denen man früher Erfolg gehabt habe, primär den Kampf für gute Arbeit und gute Renten.

Gegen schlechte Kriege

Vom antiwestlichen Aufruf seiner Parteigenossen distanzierte sich auch Bartsch klar. Mit den Regimen von Ahmadinejad und Asad könne es «nicht den Hauch von Solidarität» geben. Gleichzeitig müsse aber gesagt werden, dass «die Nato gegen Libyen Krieg geführt» habe und dass die Linkspartei gegen diesen Krieg war. «Die Linke lehnt völkerrechtswidrige Kriege klar und deutlich ab, und wir wollen auch keinen Krieg im Iran und in Syrien, weil niemand weiss, wie solche Kriege ausgehen können.»